

HERDER-KORRESPONDENZ

Erstes Heft - 6. Jahrgang - Oktober 1951

Die Einsicht ist der Lohn des Glaubens. Suche also nicht Einsicht, um zu glauben, sondern glaube, damit du zur Einsicht kommst. Was denn heißt an Gott glauben? Glaubend anhängen, glaubend lieben, glaubend in Christus eingehen und seinen Gliedern einverleibt werden. Das ist der Glaube, den Gott von uns verlangt; und Er findet nicht, was Er verlangt, wenn Er nicht gibt, was Er finden kann.

Augustinus

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

Schulkämpfe in West- und Ost-Berlin Bis zum Mai dieses Jahres galt in West- und Ost-Berlin einheitlich das Schulgesetz aus dem Jahre 1948, das nach langen Beratungen von der damals noch nicht geteilten Stadtverordnetenversammlung mit den Stimmen der KPD (SED), SPD und FDP gegen die der CDU unter Förderung der damaligen vier Besatzungsmächte beschlossen worden war. Gegen den Widerstand der Eltern und eines Großteils der Lehrer brachte das Gesetz die Einheitszwangsschule totalitären Charakters, in die sämtliche Berliner Kinder hineingepreßt wurden; die früheren höheren Schulen waren zum Absterben verurteilt. Der Religionsunterricht wurde zur „Sache der Kirchen“, er wurde lediglich in Eckstunden von Beauftragten der Kirchen erteilt, das Kreuz blieb aus den Klassenzimmern verbannt, für den fakultativen Religionsunterricht mußten die Eltern ihre Kinder bei den Pfarrämtern anmelden, Religionslehrer und Katecheten waren von den Kirchen zu besolden. Gegen die nivellierende Gleichschaltung der Kinder und gegen die Mißachtung und Sabotage ihrer religiösen Anliegen wandte sich in jenen Jahren der Kampf der Eltern aus den verschiedensten weltanschaulichen und parteipolitischen Lagern (erwiesen z. B. durch die Anmeldung von rund 90 v. H. der Kinder zum freiwilligen Religionsunterricht). Die in § 18 des Schulgesetzes vorgesehenen Elternvertretungen „zur verantwortlichen Mitarbeit am Schulleben“ wurden von den Schulgewaltigen, zumeist Lehrern der ehemaligen „weltlichen“ Schulen, nach Möglichkeit ignoriert, insbesondere deren Zusammenschlüsse auf Bezirks- und Stadtebene. (In echt demokratischem Aufbau wurden diese Elternvertreter nach dem Gesetz in den einzelnen Klassen gewählt und dann in die höheren Gremien delegiert.)

Auch nach der Teilung der Stadt blieb das Schulgesetz in der alten Form in West-Berlin (wie im Osten) in Kraft, ebenso blieb die Verwaltungspraxis der (durchweg sozialdemokratisch geleiteten) Schulbehörden die gleiche. Inzwischen nahmen sich CDU und FDP der berechtigten Wünsche der Eltern von über 300 000 West-Berliner Kin-

dern an, was zu scharfen Auseinandersetzungen mit der damals über die absolute Majorität im Stadtparlament verfügenden SPD führte.

Die Wahl vom Dezember 1950 brachte in West-Berlin einen entscheidenden Wandel: Die SPD-Mehrheit wurde gebrochen, ganz zweifellos mit Hunderttausenden von Elternstimmen, die damit für die Freiheit auch auf kulturpolitischem Gebiet optierten. Nun stand die Verwirklichung von Wahlversprechungen der nichtsozialistischen Parteien im Schulsektor auf der Tagesordnung.

West-Berliner Grund- und Oberschule

Der neue Kultursenator Prof. Dr. Tiburtius (CDU) legte bald nach Amtsantritt im Senat und darauf im Abgeordnetenhaus eine Schulgesetznovelle vor, die zunächst eine grundlegende organisatorisch-pädagogische Reform des West-Berliner Schulwesens vorsah. Der sozialdemokratische „Telegraf“ bezeichnete den Gesetzentwurf vorwurfsvoll und bedauernd als Versuch einer „Zerschlagung der Einheitsschule“. Entgegen dem Wunsch und Willen der christlichen Eltern enthielt das Reformgesetz leider nicht Bestimmungen über die von ihnen geforderte christliche Grundhaltung des gesamten Unterrichts und die Legalisierung des Religionsunterrichts als ordentliches Lehrfach.

In einer Kampfabstimmung von CDU und FDP gegen SPD beschloß das Berliner Abgeordnetenhaus am 10. Mai 1951 die Umgestaltung der Einheitszwangsschule. Diese grundlegende Reform brachte die sechsjährige Grundschule und daran anschließend für sämtliche Kinder die Oberschule: nach Können und Wahl praktischer Zweig (Oberstufe der früheren Volksschule mit Teilunterricht während der Lehrzeit) oder technischer Zweig (etwa Real- bzw. Mittelschule) oder wissenschaftlicher Zweig (Gymnasium). Für die gesamte Schulzeit gilt Lehr- und Lernmittelfreiheit. Neben diesen öffentlichen Schulen bestehen in West-Berlin Privatschulen (zumeist katholische und evangelische Bekenntnisschulen), die früher schon von der Kommandantur genehmigt waren.

Die in § 11 des Schulgesetzes angeordnete Koedukation ist durch die Novelle noch nicht beseitigt; die Eltern fordern deshalb auf Grund des § 3 des Schulgesetzes (der „Schulen besonderer Prägung“ zuläßt) die Beibehaltung der bisherigen Knaben- und Mädchenschulen bzw. Ge-

schlechtertrennung in Parallelklassen oder die Errichtung koedukationsfreier Schulen in jedem Verwaltungsbezirk, da sie diese dem Freiheitsgedanken hohnsprechende Zwangs-Koedukation schon aus grundsätzlichen Erwägungen ablehnen. (Weitere Einzelheiten sind nachzulesen im „Leitfaden durch die Berliner Schule“, herausgegeben vom Deutschland-Verlag, Berlin-Charlottenburg, Preis 50 Dpf., wo neben einer Erläuterung auch der Wortlaut sämtlicher einschlägigen Bestimmungen abgedruckt ist.)

Ost-Berliner Schulpraxis

Die politischen Gegensätze zwischen Ost und West haben im Berliner Sowjetsektor zu einer Radikalisierung auch der Schulpolitik geführt.

Das alte Einheitsschulgesetz gilt unverändert weiter und wird mit allen Mitteln durchgesetzt. Der Besuch von West-Berliner Schulen ist durch die Schulpflichtverordnung grundsätzlich verboten.

Die Lehrerschaft wurde mit brutalen Methoden zu einem beträchtlichen Teil kommunistisch ausgerichtet. Junglehrer aus der (kommunistischen) Freien Deutschen Jugend sind zu Schulräten ernannt, den Schulleitern wurden FDJ-Stellvertreter beigegeben, die das entscheidende Wort sprechen.

Daß die Kinder in diesem parteipolitisierten und (infolge des unzulänglichen Lehrernachwuchses) recht mangelhaften Unterricht überaus schwer in ihrer Bildung beeinträchtigt werden, liegt auf der Hand.

Die Abwehr der Eltern und ihre Reformforderungen waren zumeist erfolglos. Soweit der Religionsunterricht geduldet und durchgeführt wird, ist er allen nur möglichen Schikanen und vielfach offener Sabotage der kommunistischen Schulverwaltung ausgesetzt. Immerhin gelang es den ostsektoralen Schulgewaltigen auch im Laufe der Jahre nicht, die Gesinnung insbesondere der christlichen Eltern und ihrer Kinder zu ändern. Und hier und dort fanden in noch bestehenden Elternausschüssen mutige, verantwortungsbewußte Mütter und Väter Möglichkeiten zur Korrektur allzu großen Unrechts.

Nach der im Osten bewährten Gleichschaltungsmethode wurden deshalb kürzlich Verordnungen über Elternausschüsse (ostsektorales „Verordnungsblatt“ IS. 201 ff.) erlassen, die ein praktisches Beispiel kommunistischer „Demokratie“ bieten. Die Elternwahl wird von einem Wahlausschuß bis zum 16. 10. 51 vorbereitet (Gesetzblatt der Ostregierung Nr. 96), zu dessen Mitgliedern Eltern der betreffenden Schule nicht gehören, sondern lediglich der Schulleiter, ein Vertreter der Bezirksamtsabteilung Verwaltung und Personalpolitik und Vertreter der Freien Deutschen Jugend und des Demokratischen Frauenbundes (also kommunistischer Massenorganisationen). Dieser Ausschuß präsentiert seine Kandidaten, die dann „in offener Abstimmung“ zu wählen sind, und zwar in der Zeit vom 22. bis 29. Oktober 1951 (Verordn. v. 4. 8. 1951). Tagt dieser sogenannte Elternausschuß, dann nehmen die oben erwähnten Mitglieder des Wahlausschusses teil, außerdem noch der Leiter der Jungen Pioniere (SED-„Jungvolk“), der Vorsitzende der Schulgewerkschaftsleitung, die „Patent“-Betriebsgewerkschaftsleitungen und die übrigen Lehrkräfte.

Politisch ausgerichtet werden die Eltern in sogenannten Elternseminaren, da sie dem Lehrkörper „bei der schulischen und außerschulischen Kulturarbeit“ usw. helfen sollen.

In nicht allzulanger Zeit werden also dann diese „Gesamtvertretungen“ der ostsektoralen Eltern „namens der Berliner Elternschaft“ ihre „fortschrittlichen“ Proklamationen nach bekannten Mustern erlassen.

„Jahr des Schulfortschritts“

Das letzte, aber wohl das entscheidende Bollwerk eines Widerstandes gegen kommunistisch-atheistische Infizierung ist im Osten die gute, gesunde Familie, insbesondere die christliche Familie, die mit dem Seelsorger zusammen vor allem die Kinder hüten und selbständig erziehen muß, — was an alle überaus hohe Anforderungen stellt. (Über dieses auch politisch heikle Thema in diesem Zusammenhang zu sprechen, würde hier zu weit führen.)

Das neue Schuljahr der „Deutschen Demokratischen Republik“ wurde mit einem Aufruf von Herrn Pieck zum „Jahr des Schulfortschritts“ erklärt. Freie Deutsche Jugend und Junge Pioniere wurden zu verstärkter politischer Mitarbeit aufgerufen „als aktive Erbauer eines einheitlichen, friedliebenden und demokratischen Deutschlands“ und die neuen Elternbeiräte als „weitere Kräfte zur Förderung der demokratischen Erziehung“ angesprochen.

In Anwesenheit von 450 ostzonalen Kreisschulräten gab die Staatssekretärin Zaisser genaue Anleitungen für die angeordneten Lehrerkonferenzen, wobei sie den „Kampf aller Lehrer und Erzieher für den Weltfrieden als deren entscheidende Aufgabe“ bezeichnete, die „ständige Hebung des ideologisch-politischen Niveaus der Lehrer“ forderte und sich „gegen den bürgerlichen Objektivismus und das Gift des antinationalen und volksfeindlichen Kosmopolitismus“ wandte. Nach den neuen Lehrplänen müßten „die Erfahrungen der fortschrittlichen sowjetischen Pädagogen noch breiter angewendet“ werden. Enge Zusammenarbeit zwischen Elternbeiräten, Lehrern und Massenorganisationen könnte „aus jeder Schule ein Bollwerk des Friedens machen“.

Die neuen Lehrbücher für die Schulkinder sind inzwischen — wie die „Tägliche Rundschau“, das Blatt der Roten Armee, meldet — auf die neuen Lehrpläne abgestimmt, so daß „jetzt eine einheitliche Grundausbildung gewährleistet“ ist. Bei den „Elternausschüssen“ müßten, erklärt dort der stellvertretende Leiter des Hauptschulamts, „die fortschrittlichsten Kräfte“ zur Arbeit kommen.

Der Direktor des ostzonalen Pädagogischen Zentralinstituts erklärt im kommunistischen Zentralorgan „Neues Deutschland“ u. a.: „Das eingehende Studium der neuen Lehrpläne wird es unseren Lehrern ermöglichen, wissenschaftlich zu unterrichten und zu erziehen. So wird der Geschichtslehrer erkennen, daß der historische Materialismus die einzige und notwendige Grundlage für einen wissenschaftlichen Geschichtsunterricht ist. Nur ein solcher Unterricht gibt unseren Schülern ein exaktes Wissen der historischen Tatsachen und Zusammenhänge und deren richtige weltanschauliche Erläuterung. . . . Indem die Lehrpläne helfen, das wissenschaftliche Niveau des Unterrichts und der Erziehung zu heben, geben sie aller Erziehungsarbeit parteilichen Charakter im Sinne des Fortschritts, erziehen sie unsere Jugend zum unveröhnlichen Haß gegen die Feinde unseres Volkes, die amerikanischen Imperialisten und Kriegstreiber und die durch deren Unterstützung wiedererstehenden deutschen Imperialisten und ihre Handlanger. . . . Wladimir Iljitsch Lenin hat mehrfach darauf hingewiesen. . . .“ usw. usw.

All die vorstehend erwähnten Richtlinien finden sich auch in der vom ostzonalen Volksbildungsminister Wandel erlassenen „Anweisung zur Durchführung des Schuljahres 1951/52“, die in folgenden Sätzen gipfelt: „In engem Zusammenwirken mit allen fortschrittlichen Kräften unseres Volkes unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse leistet die deutsche demokratische Schule einen wesentlichen Beitrag im Kampf um die Erhaltung des Friedens und die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands. . . Die großen politischen Geschehnisse, wie der 3. Parteitag der SED . . ., bestimmen das politische Leben in der Schule und heben das Bewußtsein von Lehrer und Schüler.“

Und der ostsektorale Berliner Bürgermeister Friedrich Ebert (SED) kündigte vor etwa 7000 Lehrern kürzlich eine neue Säuberungsaktion an, denn die Duldsamkeit „gegenüber reaktionären Paukern grenzt schon fast an sträflichen Leichtsinn“.

Im Westen: religiöse Fragen im Vordergrund

In West-Berlin stehen nach der pädagogisch-organisatorischen Schulreform jetzt die religiösen Fragen im Vordergrund. Entsprechend den Wünschen der katholischen Elternvertretung (des Elternkreises für religiöse Erziehungsfragen) und der evangelischen Elternorganisation (der Arbeitsgemeinschaft für christliche Erziehung in Haus und Schule) sowie der gesamten christlichen Bevölkerung hatte die CDU-Fraktion des Abgeordnetenhauses kürzlich ein zweites Änderungsgesetz zum geltenden Schulgesetz eingebracht, worüber es im Plenum zu heftigen Auseinandersetzungen mit der SPD kam. Die Redner dieser Partei versuchten u. a. einen Zwiespalt zu konstruieren zwischen evangelischen und katholischen Auffassungen über die Rechtsstellung des Religionsunterrichts, da der CDU-Antrag in Anlehnung an das Bonner Grundgesetz Religionsunterricht als „ordentliches Lehrfach“ fordert. Gegen die Stimmen der SPD wurde zunächst die Ausschußberatung in einer Kampfabstimmung erzwungen. Nach den Parlamentsferien werden im September und Anfang Oktober zunächst im Volksbildungsausschuß des Abgeordnetenhauses die Debatten über diesen Antrag beginnen, zumal seitens der evangelischen Kirchenkommission christliche Grundhaltung der Schule als „Zwangschristentum“ angesehen wird und die Kommission im CDU-Antrag eine ausdrückliche Formulierung wünscht, wonach der Religionsunterricht „im Auftrag der Kirche erteilt“ wird.

Kultursenator Tiburtius hat in Beachtung der Wünsche der christlichen Eltern inzwischen den Versuch unternommen, die bisherige Rechtsstellung des Religionsunterrichts im Verwaltungswege, also ohne Änderung der geltenden gesetzlichen Bestimmungen, zu verbessern und den Religionslehrer möglichst gleichberechtigt in das Lehrerkollegium einzubauen. Auf Grund von Beratungen mit führenden Persönlichkeiten der beiden Kirchen wurden „Ergänzende Bestimmungen zu den Richtlinien (vom 9. 11. 1950) für die Durchführung des Religionsunterrichts“ als Senatsvorlage Nr. 820 fertiggestellt, allerdings von diesem noch nicht offiziell zur Kenntnis genommen. Verschiedene, nicht gerade glückliche Formulierungen dieses Entwurfs haben beide Kirchenleitungen zu Beanstandungen veranlaßt, wenn auch der gute Wille des Senators anerkannt wird. Erst wenn der Religionsunterricht in Berlin ordentliches Lehrfach ist, werden auch

seine Beeinträchtigungen und die Hindernisse für die Religionslehrer automatisch fallen.

All diese Dinge spielen bei den in West-Berlin jetzt laufenden Elternausschuwahlen eine entscheidende Rolle, wie dies bereits beim Beginn der Wahlen vor den großen Ferien festzustellen war. Da die vom Senator de facto anerkannte Gesamtrepräsentanz der Elternschaft — der aus den Vorsitzenden der Bezirkselfternausschüsse bestehende Stadtelternausschuß — in Kürze voraussichtlich im Verordnungswege legalisiert wird, trachten die eine kleine Minderheit innerhalb der Elternschaft verkörpernden „Radikalsozialisten“ (meist SPD-Funktionäre) nach Mandaten in diesen Ausschüssen, um sie als Plattform für ein Vorgehen gegen den Senator und seine offen geäußerten „christlichen Pläne“ auszunützen zu können. Man darf der Hoffnung Ausdruck geben, daß die freiheitliebenden Berliner auch auf kulturpolitischem Gebiet ihren Kampf erfolgreich bestehen werden, wenn es jetzt um wahrhaftige Toleranz auf religiösem Gebiet geht.

Politische Gespräche Zum drittenmal hatte der Rothenauf Rothenfels felder Kreis im Rahmen seiner Sommerarbeit zu einer Politischen Werkwoche eingeladen. In einer Welt, in der die politischen Probleme immer brennender, die Verantwortung der Christen immer deutlicher wird, beginnt diese Werkwoche bereits Tradition zu werden. Das allgemeine Thema der diesjährigen Tagung vom 28. 8. bis 2. 9. hieß „Deutschlands Stellung in Europa und der Welt“, hätte aber ebenso gut oder besser heißen können „Die Ent-Europäisierung der Welt“. Denn das schälte sich in der historischen Sicht von Professor Stadtmüller, München, und der wirtschaftlichen von Professor Pfister, München, als das eigentliche Thema heraus.

Berufung des Geistes zur Macht

Prof. Stadtmüller wies in seinen vier Vorträgen „Von der Geschichte Europas zur Universalgeschichte“ auf die Verengung und Provinzialisierung unseres Geschichtsbildes hin, das, auf der Grundlage des klassischen Humanismus von Hellas und Rom, bis in die Neuzeit hinein in Europa den eigentlichen und einzigen Geschichtsträger sieht. Dem gegenüber zeigte er die eminente Bedeutung der frühgeschichtlichen Hochkulturen auf, die der Welt ein Erbe hinterlassen haben und in deren Mitte um das Jahr Tausend das Volk Israel erscheint, zwar als ein von Norden und Süden her stets bedrohter und sogar in zwei Teile gespaltener Kleinstaat, aber als das erste Volk mit einem universalen Geschichtsbild und mit einem sittlichen und sozialen Gesetz, das aus religiöser Verpflichtung heraus den Schutz der Schwachen fordert. Prof. Stadtmüller verurteilte die Ausklammerung des A. T. aus unserem profanen Geschichtsunterricht, die ihm als Versagen des christlichen Bewußtseins erscheint. Er fordert Mut zum „christlichen Überlegenheitsbewußtsein“, wie das Mittelalter es besessen hat. Aus christlichem Optimismus hat das Abendland sich schon seit den Päpsten und Diakonen des 4. und 5. Jahrhunderts an diesseitige Aufgaben gewagt. Die consecratio mundi hat im abendländischen Rechts- und Staatswesen ihren stärksten Ausdruck gefunden. In der Neuzeit ist jedoch das mittelalterliche Weltbild abgetragen worden durch Verwitterung der Glaubenssubstanz. Heute stehen wir vor Trümmern und sind zum völligen Neuaufbau gerufen. Weder rein konservierender

Glaube noch die zahlreichen Ersatzreligionen und Ideologien können uns helfen. Hier hat Europa trotz allem eine Aufgabe innerhalb der planetaren Welt durch seine geistige Kontinuität. Nicht umsonst ist das Christentum von Palästina nach Rom geeilt und ist das griechisch geschriebene N. T. zur Hälfte in Rom entstanden. Im Gegensatz zur orthodoxen Ostkirche kreist die abendländische Theologie von Augustin bis Karl Barth um die Freiheit des menschlichen Willens, den Motor der Welt-durchdringung. Römisch-christliches Erbe ist der Glaube an die Berufung des Geistes zur Macht und der Sinn für Recht, aber auch die Abgrenzung der *res privata* gegen die *res publica*. Wo diese nicht gewahrt wird, entsteht Barbarei.

Europäische Wirtschaftsprobleme

In eine völlig andere Welt, die nüchterne Welt der Zahlen, führte die Vortragsreihe von Professor Pfister „Probleme der deutschen Außenwirtschaft“. Aber die Sprache der Zahlen sagte in ihrer Art das gleiche, nämlich daß Europa nicht isoliert gesehen werden darf, sondern unabänderlich in die Weltwirtschaft verflochten ist, so sehr, daß der Begriff der Konkurrenz anachronistisch wirkt und jeder im eigensten Interesse das Wort von David Hume nachsprechen sollte: „Ich bete darum, daß es meinen Feinden möglichst gut geht.“ An der Hand der Statistik bewies Prof. Pfister, daß selbst eine passive Handelsbilanz ein Volk nicht arm macht, vielmehr zur natürlichen Struktur eines Industriestaates gehört, vorausgesetzt, daß das Defizit durch Dienstleistungen, arbeitendes Kapital im Ausland und Gold- und Devisenvorräte gedeckt ist, während umgekehrt jeder Versuch zur Autarkie in die wirtschaftliche Katastrophe führt. Die beiden Weltkriege haben tiefe Einbrüche und Verlagerungen in der Weltwirtschaft verursacht, die zugleich politische Verlagerungen bedeuten. Die Spitzenleistungen sind aus Europa abgewandert, Arbeitswissen und Leistungswissen sind übertragbar, die unentwickelten Länder haben selbständige Industrien aufgebaut. Trotzdem gibt Prof. Pfister für die Zukunft Deutschlands Außenwirtschaft gute Chancen, da wir nicht wie England und Frankreich den unentwickelten Ländern gegenüber durch Kolonien politisch belastet sind. Schon heute sind die deutschen Erfolge erstaunlich, ihre Beständigkeit ist jedoch an das Gesamt-schicksal Europas gebunden, und für dieses ist ein Zeitalter des Friedens notwendig. Das größte europäische Problem sieht Prof. Pfister im Schicksal Englands, dessen Außenwirtschaft sich in anhaltendem Rückgang befindet.

Politische Pflichtenlehre aus christlicher Tugendlehre

Der Verantwortung des Christen für die Welt gab Professor Fleckenstein, Regensburg, eindringlichen Ausdruck in seiner Vortragsreihe „Der Christ als Träger politischer Verantwortung. Grundzüge einer politischen Pflichtenlehre aus der christlichen Tugendlehre“. Darüber hinaus gab er eine Abgrenzung der staatlichen und kirchlichen Zuständigkeit. Bei seinen Ausführungen konnte er sich ebensowohl auf den hl. Thomas berufen, dessen Tugendlehre immer personal, aber zugleich auch sozial, niemals jedoch privat ist, wie auf den Kampf Pius' XII. gegen den Spiritualismus. Neben dem Missionsauftrag an die Kirche „Gehet hin und lehret alle Völker“ steht der Schöpfungsauftrag Gottes „Macht euch die Welt untertan“. „Welt“

ist für den Christen freilich ein doppelter Begriff, einmal Schöpfung Gottes, dann aber auch Gegenwelt Gottes, deren Fürst Satan ist, die Welt der Not, der Angst und des Todes, für deren Heimholung Christus gestorben ist. Durch Christus ist diese Welt bereits eine erlöste Welt, aber auf Hoffnung hin. Daher einmal das Ja des Christen zur Welt. Aber durch äußeres Unterliegen hat Christus das Gute zum Siege geführt. Er ist der Geißelschwinger, vor allem aber der Dulder am Kreuz. Seitdem gehört das Leiden, u. a. sogar auch das Nein zur Welt mit zum Christentum. In der Taufe steht das „Ich entsage“ neben dem „Ich glaube“. Das Maß des Ja und Nein ist nicht der Willkür des einzelnen anheimgegeben, sondern von dem hic et nunc bestimmt. Die Kirche hat es an sich nicht unmittelbar mit dem Staat zu tun, hat aber eine Zuständigkeit als Instanz des sozialen Lebens zur Schaffung und Wahrung der Gerechtigkeit, und sie hat die Pflicht zur Beurteilung politischer Handlungen. Doch hat sie nicht das Recht, Einzelentscheidungen maßgeblich vorzugeben, sondern nur Grundsätzliches. Die Einzelentscheidungen müssen dem freien Gewissen des christlichen Politikers vorbehalten bleiben. Alles andere ist Klerikalismus und Abfall vom Glauben. Umgekehrt hat der Staat keinen Auftrag zur Mission und soll nicht mit seinen Machtmitteln die Seelsorge unterstützen. Die Politik darf nicht in den Dienst der Kirche gestellt werden und keine Partei sich als verlängerter Arm der Kirche fühlen. Der christliche Politiker kann nur in der göttlichen Tugend der Hoffnung arbeiten, das heißt in der Bereitschaft zu demütiger Geduld, im Ankämpfen gegen die ungezügelten Triebe, die das Ende vorwegnehmen wollen. Er muß das Leiden um die Unvollkommenheit der Welt durchtragen als einer, der „in der Hoffnung“ ist und alles Leiden dieser Zeit als Geburtswehen erkennt. Das kann er nur in der Liebe zu Gott. Aber die Liebe muß fortschreiten vom amor affectivus zum amor effectivus. Das Ordnen dieser Welt kann gelebte Gottesliebe sein. Die Probe darauf ist das Verhältnis zum Mitmenschen. Fanatische Selbstaufopferung im Dienste eines Kollektivs ist nur getarnter Egoismus. Der Christ sieht den Bruder noch im Schwächsten und Dümmden, ja im Verbrecher. Zur sozialen Gerechtigkeit muß bei ihm von Gott her die soziale Liebe dazukommen. Die Gerechtigkeit ist das Skelett, die Liebe das Fleisch darum.

Es war bezeichnend, daß die Diskussion zunächst bei den theologischen Fragen einsetzte, denn wie Prof. Fleckenstein sagte, über Theologie redet jeder, über Wirtschaft wenige, über Geschichte die wenigsten. Doch drängte das Gespräch vom Grundsätzlichen her rasch zur praktischen Anwendung an konkreten Beispielen und gewann so die notwendige Aktualität, die die Vorträge vielleicht hatten vermissen lassen.

Die leeren Räume in der deutschen Seele

Ihren Abschluß fand die Tagung durch den Vortrag von Dr. O. B. Roegele „Der Christ und das deutsche Nationalbewußtsein“. In geschichtlicher Fundierung klärte er zunächst den Begriff der Nation und die Geschichte des deutschen Nationalbewußtseins von der Universalität des alten Reiches über die Bildung souveräner, von Dynastien beherrschter Nationalstaaten bis zum modernen Begriff der Volkssouveränität. Durch den Nationalsozialismus und die durch ihn herbeigeführte Katastrophe ist eine neue Lage geschaffen; die Souveränität ist zu Ende,

die Kontinuität unterbrochen und keine neue geschaffen, das Rechtsgefühl des deutschen Volkes im Dritten Reich und nach 1945 mit Füßen getreten und ein Schock im deutschen Nationalbewußtsein ausgelöst worden. Hier steht der Christ vor einer Aufgabe. Richtungweisend kann für uns das Wort Pius' XII. sein: „Für den Gläubigen ist die Kirche das Lebensprinzip der menschlichen Gesellschaft“. Damit können nicht auf einen Schlag alle Probleme zwischen Kirche und Welt gelöst, aber das Verhältnis kann funktionell belebt werden und ein fortwährender Lebensstrom von der Kirche in das Leben der Gesellschaft fließen. Für den Christen gilt das Subsidiaritätsprinzip, das auch dem natürlichen Streben entspricht, für das aber oft die absolute Wertordnung fehlt. Die Krisis des staatsbürgerlichen Bewußtseins entspringt jedoch nicht nur dem Ressentiment, sondern dem Gefühl, daß der Staat seinen Aufgaben nicht gerecht wird und das natürliche Verlangen seiner Kinder nach Nahrung, Wohnung, Sicherheit usw. nicht erfüllt. Tatsächlich ist durch die gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit, Zusammenziehung des Verkehrs usw. eine planetare Welt entstanden, in der es Staatssouveränität und Sicherheit im alten Sinne gar nicht mehr geben kann. Der Schwund des staatspolitischen Bewußtseins ist aber ein Grunddefekt des modernen Menschen. Es fehlt der Wille zum Du, das Solidaritätsgefühl, auf dem jeder Staat ruht. Fast in allen Schichten des deutschen Volkes herrscht ein privater Vorleistungskomplex, nur die wenigsten erkennen die wirklichen großen Leistungen unseres Staates. Zum erstenmal seit dem Mittelalter wird versucht, in Deutschland aus christlichem Grundsatz Politik zu machen. In normalen Zeiten könnten wir in Geduld auf die Ergebnisse warten. Wir haben jedoch keine normalen Zeiten. Die leeren Räume in der deutschen Seele werden durch Überdruck von Rechts und Links verführt, in der Mitte bleibt ein Vakuum. Daran ist bekanntlich der Weimarer Staat zugrunde gegangen. Es besteht die Gefahr, daß wir wiederum unsere geschichtliche Chance verspielen. Uns Christen ist die Lösung aufgetragen, wenn wir versagen, werden wir nicht ein zweitesmal die Entschuldigung haben, wir hätten es nicht vorhergesehen.

Internationale Studienwoche in Kremsmünster

Zum fünftenmal seit Kriegsende veranstaltete dieses Jahr (19.—26. August) die „Katholische Hochschuljugend Österreichs“ im Stift Kremsmünster (O.-Ö.) ihre „Internationale Studienwoche“. Von den 120 Teilnehmern waren ein Drittel Ausländer, vornehmlich Deutsche und Franzosen. Von Straßburg war eine starke Gruppe französischer Studenten unter Führung ihres Seelsorgers P. Bernard SJ gekommen. Da in Kremsmünster — anders als bei den Salzburger Hochschulwochen — die Teilnehmer durch ein gemeinsames Leben mit täglicher heiliger Messe und Komplet sowie geselligen Veranstaltungen zu einer Gemeinschaft zusammengeschlossen werden, liegt der Gewinn der Studienwoche nicht nur in den Vorträgen, sondern ebenso sehr im Sich-Kennenlernen und im Gemeinschaftserlebnis. Das wurde diesmal besonders stark empfunden, stärker als in den vergangenen Jahren. Das Gesamtthema lautete „Rettung der Menschen durch die Kirche“. Daraus ergaben sich in klarem, logischem Aufbau drei Themengruppen: eine Darstellung des We-

sens der Kirche und ihrer Stellung in der Welt; die Kennzeichnung des Menschen von heute, allgemein und nach den großen sozialen Gruppen differenziert; und zum Abschluß die Erörterung dessen, was nun getan werden soll.

Der ersten Aufgabe unterzog sich der Wiener Fundamentaltheologe Univ.-Prof. Dr. Albert Mitterer in sehr klarer, systematischer Weise mit einigen neuen Blickpunkten. So wandte er den Sakramentsbegriff auf die Kirche als Ganzes an und bezeichnete sie als das „große Sakrament der Menschheit“, wodurch er eine größere Geschlossenheit in der Darstellung der Funktion der Kirche in der Welt erreichte. Bernhard Hanßler, der frühere Studentenseelsorger in Tübingen, sprach u. a. vom Weltendienst der Kirche, der in vergangenen Jahrhunderten die geschichtlich sehr bedeutsame Form eines Anspruches auf die potestas directa oder doch potestas indirecta hatte, heute aber vornehmlich in der Sendung des Laien zur Geltung kommt. Dieser wird die kirchenentfremdete Welt am besten dadurch gewinnen, daß er gegenüber den kollektiven Mächten den Wert des Personalen rettet. — P. Bernard SJ trug das Grundsätzliche im Verhältnis von Priester und Laien vor.

Der Mensch unserer Zeit

Die „Physiognomie des Menschen unserer Zeit“ darzustellen, war dem Publizisten Dr. Anton Böhm anvertraut worden. Dr. Böhm begann mit der Feststellung, daß der eigentliche Typus unserer Zeit der irreligiöse Mensch ist: der Mensch, der seinen Standort in der Welt nicht mehr kennt, der aus den schützenden Bergungen des Glaubens und der gesellschaftlichen Ordnung herausgelöst ist und nach allen Seiten exponiert steht. Daher die unerträgliche Spannung, in der er lebt, und sein ständiges Bestreben, vom Zentrum weg zu den äußersten Möglichkeiten zu eilen. Daß der Mensch auf die Idee vom explodierenden und sich ständig erweiternden Weltall kommen konnte, ist typischer Ausdruck dieser Geisteshaltung.

Im Menschen unserer Zeit ist ein Übermaß an Dynamik und Unruhe. Nicht vom Technischen, sondern vom Seelischen geht das Tempo unserer Zeit aus. Die tiefe Unruhe zeigt sich u. a. in der Vorliebe für den raschen Wechsel der Eindrücke (das „Filmische“, wie es andere genannt haben), in der Lust an der permanenten Ortsveränderung, in der Steigerung der Geschwindigkeiten. Im Politischen und Sozialen wirkt sich diese Unruhe in der „Funktionalisierung“ der Gesellschaft aus: Da die Arbeit zum Idol der Gesellschaft geworden ist, wird die Stellung des einzelnen in der Gesellschaft ausschließlich von seiner Funktion im Arbeitsprozeß und nicht mehr von Stand und Besitz bestimmt. Die innere Substanz des Menschen ist sozial unwichtig. Damit ist eine Verschiebung im ethischen Bereich vor sich gegangen: Die Tugenden, die den sachlichen Anforderungen antworten, wie Fleiß, Disziplin, Pünktlichkeit, werden gefestigt, während die Tugenden, die dem lebendigen Du antworten, wie Opferbereitschaft, Dienstwille, Treue, verkümmern.

Der Verlust der schützenden Bergungen führt zur Weltangst. Darauf reagiert der Mensch, indem er einen Sicherheitsapparat aufbaut. Und für diese (vermeintliche) Sicherheit ist der Mensch bereit, seine persönliche Freiheit zu opfern und alle Macht dem Kollektiv zu überantworten. Diese Bereitschaft ist eine der Wurzeln des Totalitarismus.

Auch die grenzenlose Verehrung der Technik hängt damit zusammen, da man sich von der Technik als der Zusammenballung von Macht die ersehnte Daseinssicherung erwartet. Technik ist zugleich ein Mittel der Machtausübung. Es ist bezeichnend, daß alle totalitären Systeme mit riesigen Bauvorhaben verbunden waren und sind.

Die Irreligiosität hat weiter zur Folge, daß es kein innerlich verpflichtendes Sittengesetz mehr gibt und daß die sittliche Ordnung durch eine Zwangsordnung ersetzt werden muß, um die Gesellschaft überhaupt in Ordnung zu halten. Die Persönlichkeitsstruktur zerfällt, indem die Fähigkeit verloren geht, die einzelnen Lebensgebiete miteinander in Beziehung zu setzen. Auch die Freisetzung der Kräfte des Unbewußten steht im Zusammenhang mit der Zerstörung des Sittlichen. Das Endergebnis ist die permanente Traurigkeit, die Langweile als Innewerden der Sinnlosigkeit aller Dinge.

Die Mentalität der Wirtschaftstreibenden und der Arbeiter

Auf diese vor allem das Negative herausstellende Kennzeichnung des heutigen Menschen folgten Referate über die Situation und Mentalität der großen sozialen Gruppen: selbständige Wirtschaftstreibende, Arbeiter und Intellektuelle (das vorgesehene Referat über das Bauerntum fiel infolge Verhinderung des Referenten aus). Univ.-Prof. Dr. Anton Tautscher (Graz), der über den Wirtschaftstreibenden zu sprechen hatte, hob hervor, daß auch in dieser Schicht die Neigung zunimmt, auf Kosten der freien Initiative ein größeres Maß von Daseinssicherung einzutauschen. Doch im ganzen sieht Prof. Tautscher optimistisch. Er meint, daß heute starke Ansätze da sind, aus dem Zustand der Ökonomisierung der sozialen Beziehungen herauszufinden. Das Prinzip des reinen Leistungslohnes wird immer mehr durch den „Lebensstandardlohn“ überwunden, bei welchem soziale und persönliche Momente zur Geltung kommen. Ignaz Köck, Sekretär im Österreichischen Gewerkschaftsbund, wies darauf hin, daß der Arbeiter den Lebensstandard des Mittelstandes erreicht und vielfach beträchtlich überschritten hat. Doch geblieben ist dem Arbeiter die Bereitschaft, im Kollektiv unterzutauschen. Er will nicht auffallen, auch nicht in der Leistung, und hat durchaus nicht den Wunsch, sein Leben persönlich zu gestalten. Sein Verhältnis zur Kirche ist noch immer durch die Vergangenheit belastet. Die eigentliche Kirchenfeindschaft ist zwar schwächer geworden, aber die faktische Kirchenferne größer. Die Missionsmöglichkeiten der Kirche könnten daher nur sehr vorsichtig beurteilt werden.

Situation und Aufgabe des Intellektuellen

Über den Intellektuellen sprach Dr. Böhm. Er unterschied mehrere Typen: den destruktiven Typus, dem es bloß um ein Spiel mit Denkmöglichkeiten, aber nicht um die Wahrheitsfindung geht, den geistesmüden Typus, der sich nur mehr der Praxis widmet, und den glaubenssüchtigen Intellektuellen, der bloß die Vorteile des Glaubens will, aber nicht primär nach der Wahrheit strebt. Der Intellektuelle ist heute am stärksten für die Surrogate des Glaubens anfällig. Trotzdem gibt es auch noch den echten Intellektuellen. Doch fällt dieser Typus entweder überhaupt mit dem gläubigen Menschen zusammen oder zumindest mit dem, der im Vorhof des Glaubens steht. Die Situation des Intellektuellen ist durch den Verlust

seiner früheren Stellung im sozialen Ganzen gekennzeichnet. Da heute nur mehr diejenige geistige Leistung geschätzt wird, die sich materiell umsetzen läßt, wird der Intellektuelle, der für diese Zwecke nichts beiträgt, als Schmarotzer an der Gesellschaft betrachtet. Aus dieser Minderbewertung hat sich eine sehr fühlbare und oft drückende Armut für den Intellektuellen ergeben. Die scheinbare Aussichtslosigkeit der Lage erweckt Neid und Ressentiment — denn jeder ist des anderen Konkurrent und Feind — und eine große Existenzangst. Der Intellektuelle ist daher bereit, sich den wirtschaftlich und politisch Mächtigen zu verschreiben (womit der Totalitarismus rechnet).

Nach dieser für die Zuhörer wenig ermutigenden Kennzeichnung ihrer Situation und Zukunft sprach Dr. Böhm von der Möglichkeit des Intellektuellen, in dieser Situation, die in absehbarer Zeit nicht zu ändern ist, würdig zu bestehen. Wenn die Gesellschaft die Leistung der Sinnermittlung, Daseinserhellung und geistigen Bewältigung der Welt nicht mehr schätzt, so muß nichtsdestoweniger der Intellektuelle an diesen Aufgaben des Geistes festhalten. Er muß ein Leben führen, das dem Geiste verpflichtet ist. Er muß die Erkenntnis, die er besitzt, vermehren und ändern mitteilen. Der politisch begabte Intellektuelle muß seine Aufgabe in der Politik sehen, von welcher sich der Intellektuelle in der vergangenen Zeit allzu ferngehalten hat. Und er muß die ihm auferlegte Armut und Minderbewertung als Opfer für die große Schuld seines Standes in der Vergangenheit ansehen und aus dieser Haltung die Kraft gewinnen, seine Situation innerlich zu ertragen. Dann wird er sich auch von Neid und Ressentiment befreien können.

Aufgaben der Glaubensverkündigung heute

Der dritte Teil im Aufbau der Studienwoche war vom Vortrag Prof. Otto Mauers beherrscht „Das Evangelium muß neu gepredigt werden!“ Eine überwältigende Fülle von Gedanken breitete Prof. Mauer vor seinen Zuhörern aus. Längst Bekanntes erhielt neue Überzeugungskraft. In der Frage der zeitgemäßen Predigt gehe es vor allem um das Was und erst in zweiter Linie um das Wie. Es ist ein Übelstand unserer Predigten, daß sie meist nur peripheren Charakter haben und kaum an das Zentrum des Glaubens heranzuführen. Die Christen kennen das Wesen des Christentums nicht und laufen daher Gefahr, in Zeiten der Prüfung abzufallen. Zuallererst müsse Christus gepredigt werden, sein Leben und seine Worte. Die Christen sollten eine Anzahl Christusworte und Schriftworte auswendig wissen. Dann müsse an die Erfahrung des heutigen Menschen angeknüpft werden, daß alles Menschliche am Ende ist, und auf diese Weise die Erlösungsbedürftigkeit klargemacht werden. Eindringlich müsse die Lehre vom Kreuz und von der Auferstehung zur Geltung kommen. In der Lehre von der Kirche soll das Ärgernis, das sie gegeben hat und immer wieder gibt, nicht verschwiegen werden. Außerdem muß gezeigt werden, daß die göttliche Ordnung, wenn man sie verwirklicht, tatsächlich eine Änderung der Welt mit sich bringt. Und das Geheimnis des Glaubens muß in Form einer marianischen Mystik gepredigt werden.

Für das Wie der Predigt ist die erste Forderung, daß tatsachenverbunden und induktiv gepredigt wird. Es müssen die Fragen aufgegriffen werden, die dem Men-

schen auf dem Herzen brennen. Es muß freimütig und kritisch gegenüber dem Zustand der Welt gepredigt werden. Und es muß personal gepredigt werden, damit der Zuhörer fühlt, daß es um sein persönliches Heil geht.

In einem dritten Teil seines Vortrages sprach Prof. Mauer von dem, was der Laie tun kann. Es war eine Zusammenfassung dessen, was die Katholische Aktion will: Aufbau der Familie als Kirche im kleinen, Bildung von Familiengemeinschaften, direkte Seelsorgshilfe, Bildungsarbeit, Zeugnisgeben in Beruf und öffentlicher Ordnung.

Der Hochschulseelsorger von Wien, Dr. Karl Strobl, sprach noch mehr im einzelnen von den Methoden und Erfahrungen in der Katholischen Aktion und hob hervor, daß sich der bewußte Christ — mögen auch grundsätzlich verschiedene Möglichkeiten des Apostolates bestehen — nur sehr schwer von der Pflicht zur Mitarbeit in der Katholischen Aktion dispensieren kann.

In Diskussionen wie in Vorträgen wurde betont, daß es heute hauptsächlich auf die Bildung kleiner Gemeinschaften (der „équipes“ der Franzosen) ankommt. Hier werden die Kräfte am besten und fruchtbarsten eingesetzt, da hier durch die Vereinigung des personalen Momentes mit echter Gemeinschaft die stärkste Ausstrahlung in die zerfallende Gesellschaft erfolgen kann.

Erste Bischofsweihe im Burgenland Am 2. September wurde in der Stadtpfarrkirche in Eisenstadt der Apostolische Administrator für das Burgenland, Prälat Dr. Josef Schoiswohl, zum Bischof geweiht. Der Weihe kommt große kirchenpolitische Bedeutung zu, was durch die Anwesenheit von Internuntius Dellepiane, Bundeskanzler Figl, Unterrichtsminister Hurdes und Landeshauptmann Karall kräftig unterstrichen wurde.

Nach dem ersten Weltkrieg wurden die deutschsprachigen Teile Westungarns zum größten Teil (aber nicht vollständig) Österreich zugesprochen und daraus ein neues Bundesland, das Burgenland, errichtet. Von den ungarischen Diözesen Raab und Steinamanger wurden die betreffenden Teile abgeteilt (nicht abgetrennt) und daraus die Apostolische Administratur Burgenland gebildet. Doch blieb die Administratur, die wie das Bundesland durch den Verlust der ursprünglich Österreich zugeordneten natürlichen Hauptstadt Odenburg (Sopron) keinen rechten Mittelpunkt hatte, in Personalunion mit der Erzdiözese Wien vereinigt, indem der Erzbischof von Wien zugleich der Apostolische Administrator des Burgenlandes war. Diese Regelung, in der trotz Stabilisierung der staatlichen Verhältnisse zwischen Österreich und Ungarn noch immer ein Moment der Vorläufigkeit zum Ausdruck kam, wurde erst vor zwei Jahren beseitigt, als der damalige Pfarrer von Mauer bei Wien, Dr. Josef Schoiswohl, vom Heiligen Stuhl zum Apostolischen Administrator ernannt wurde mit den vollen Rechten eines Ordinarius, jedoch nicht mit der Würde eines Bischofs, wie sie alle anderen Ordinarien Österreichs besitzen. Durch die Ernennung Dr. Schoiswohls zum Bischof ist nun das Burgenland den übrigen Bundesländern auch in kirchlicher Hinsicht gleichgestellt.

Ob auf die Ernennung Dr. Schoiswohls zum Bischof in absehbarer Zeit die Errichtung eines Bistums an Stelle der Administratur folgen wird, steht dahin. In der Öffentlichkeit geäußerte Vermutungen können sich auf keine weiteren Tatsachen stützen.

Tätigkeit der „Sozialschule für den Klerus“ in Italien

Die „Sozialschule für den Klerus“ in Villa Cagnola in Gazzada bei Varese (Provinz Mailand), über deren Gründung wir in Jg. 3, S. 440 berichtet

haben, hat im April und Mai dieses Jahres ihren dritten und vierten Kursus abgehalten. Beide Kurse sind, in Zusammenarbeit mit dem Ambrosianischen Sozialinstitut in Mailand, vom Zentralbüro der kirchlichen Assistenten der Christlichen Arbeitervereine Italiens (ACLI) organisiert worden. Dieses hat unter Führung von Prof. G. B. Guzzetti die Gesamtleitung der Schulungswochen in jeder Hinsicht übernommen.

Am dritten Kurs haben 19 Priester teilgenommen; fast alle waren von ihren Bischöfen abgeordnet worden, die die Wahl auf Assistenten der ACLI hatten fallen lassen. Das Hauptziel dieses Kurses war es, den Teilnehmern die Grundelemente einer wirtschaftlich-sozialen Vorbildung zu vermitteln. Diese soll sie instand setzen, sich in möglichst persönlicher Weise auf diesem Gebiet weiterzubilden und sich eine sichere Interpretation des sozialen Lebens erwerben zu können. Der gesamte Kurs setzte sich aus sechs Vorlesungen zusammen:

1. Arbeitsmoral und Arbeitsseelsorge (3 Stunden)
2. Einführung in das Studium der päpstlichen Sozialdokumente (3 Stunden)
3. Wirtschaftliche und soziale Lage in Italien (5 Stunden)
4. Rechtlicher Aspekt der Arbeitsfragen (2 Stunden)
5. Gewerkschaftsfragen (3 Stunden)
6. Voraussetzungen und Grundaspekte der politischen Lage (3 Stunden).

Weitere elf Stunden sind dem Studium des Marxismus und des Kapitalismus gewidmet gewesen. Außerdem wurden, um einen Anschauungsunterricht hinzuzufügen, die Stahlwerke von Galeotto di Lecco besichtigt.

Nach Ansicht einer kurzen Berichterstattung in der Zeitschrift „Realtà sociale d'oggi“ (Juni/Juli 1951) ist der Erfolg der Studienwoche trotz ihrer Kürze sehr befriedigend gewesen. Es ist gelungen, die Teilnehmer in eine ganz bestimmte Haltung und Sensibilität gegenüber den sozialen Fragen hineinzuziehen.

An der vierten Studienwoche haben 13 Priester und 2 Kapuzinerinnen teilgenommen. Hier handelte es sich darum, gewisse Gesichtspunkte zu vertiefen, die sich ganz besonders auf Probleme der Industriearbeiterschaft beziehen. Themen der Vorlesungen waren: Moral und Industriearbeit; Probleme der Arbeiterpsychologie mit besonderer Rücksicht auf das religiös-sittliche Leben; wirtschaftliche Fragen der Industrieunternehmen; Industriewirtschaft in der gegenwärtigen Lage; die Gewerkschaften im industriellen Sektor; Lage und soziale Beziehungen in den Industrieunternehmen; die christliche Arbeiterbewegung und die Probleme der Industriearbeiter. Bei den Aussprachen war der Austausch von Erfahrungen besonders wertvoll.

Auf dieser Studienwoche sind verschiedene Wünsche formuliert worden. Die wichtigsten davon waren:

1. Gründlichere soziale Ausbildung der Seminaristen durch sorgfältigere Formulierung des Programms der Soziologiekurse und Vorbildung der Lehrkräfte. In den wichtigeren Seminarien sollten kleine soziale Arbeitsgemeinschaften gebildet werden.

2. Gründlichere soziale Vorbereitung des Klerus durch Weiterbildung und Koordinierung der bereits in Norditalien bestehenden Diözesan-Sozialschulen für den Klerus (in den Diözesen Mailand, Como, Bergamo, Treviso usw.); Weiterführung der Studienwochen der Sozialschule in Gazzada und Aufrüttelung des Klerus für die sozialen Fragen im allgemeinen.

**Internationale
katholische
Organisationen**

Der „Führer“, der 1950 vom Komitee des Heiligen Jahres herausgegeben worden ist, hat 28 internationale katho-

lische Organisationen aufgezählt, die die verschiedensten Aufgabenbereiche haben. Die Schweizer Nachrichtenagentur Kipa gibt sie wieder, ebenso die französischen „Fiches documentaires“ der Katholischen Aktion vom 15. Juni 1951. Die „Documentation Catholique“, die vierzehntägig von der Maison de la Bonne Presse in Paris herausgegeben wird, erweitert die Liste, leitet sie durch einige Betrachtungen ein, die sie der Zeitschrift „Rencontres d'amitié“ von Ostern 1951 entnommen hat, und ergänzt sie insbesondere durch Angabe des Sitzes und der Adresse der einzelnen Organisationen (Doc. Cath. 17. Juni 1951).

Diese internationalen katholischen Vereinigungen sind:

1. Internationaler Rat des Meeresapostolats (A.M.C.I.), 14, pl. Newton, Glasgow C. S.
2. Internationale katholische Vereinigung der Mädchenschutzverbände, 14, rue Saint-Michel, Freiburg in der Schweiz.
3. Internationale Frauenvereinigung vom hl. Vinzenz von Paul, 95, rue de Sèvres, Paris VII°.
4. Internationale christl.-soziale Vereinigung (A. I. S. C.), 127, rue de la Loi, Brüssel.
5. Internationales katholisches Büro der Kindheit, 31, rue de Fleurus, Paris VI°.
6. Internationales Büro der katholischen Jugend, Via della Conciliazione 1, Rom.
7. Caritas Internationalis, Löwenstr. 3, Luzern.
8. Internationales Studienzentrum für religiöse Bildung, 27, rue de Spa, Brüssel.
9. Internationales Zentrum der Vereinigungen katholischer Krankenpflegerinnen und medizinisch-sozialer Fürsorgerinnen, 16, rue Tiphaine, Paris XV°.
10. Ständige internationale Kommission der Herausgeber katholischer Zeitungen, 22, cours Albert I^{er}, Paris VIII°.
11. Internationaler Verband christlicher Gewerkschaften, Oudenoord 12, Utrecht.
12. Internationaler Bund der katholischen weiblichen Jugend, 2, rue des Baguettes, Gent.
13. Internationaler Verband der katholischen Männer, Via IX Novembre, Rom.
14. Internationaler Verband der katholischen Universitäten, Università del Sacro Cuore, Mailand.
15. Interamerikanische Vereinigung katholischer Sozialaktion (Interamerican Catholic Social Action Confederation), 1312, Massachusetts Avenue, Washington.
16. Internationale Christliche Arbeiterjugend (JOC), 78, boulevard Poincaré, Brüssel.
17. Liga catholica internationalis contra Alcoholismum, St. Leodegardstr. 4, Luzern.
18. OCIC — Internationales katholisches Büro für Filmwesen, 12, rue de l'Orme, Brüssel.
19. Pax Christi, 32, rue Barbet-de-Jouy, Paris VI°.

20. Pax Romana, Jungakademiker (M. I. E. C.), 14, rue Saint-Michel, Freiburg/Schweiz.
21. Pax Romana, Altakademiker (M. I. I. C.), 14, rue Saint-Michel, Freiburg/Schweiz.
22. Internationales Sekretariat der katholischen Presse, Genf.
23. Vinzenzkonferenzen, 5, rue Préaux-Clercs, Paris VII°.
24. Weibliche Vinzenzkonferenzen, Via Castiglione 8, Bologna.
25. UNDA — Internationale katholische Vereinigung für Rundfunk- und Fernsehwesen, 1, Boulevard de Pérolles, Freiburg/Schweiz.
26. Katholische Internationale Sozialdienst-Union, 111, rue de la Poste, Brüssel.
27. Internationale Union katholischer Arbeitgeberverbände, Raamweg 32, Den Haag.
28. Internationale Union für Sozialstudien, 80, rue des deux Eglises, Brüssel.
29. Internationale Union der katholischen Frauenverbände, Neuhuiskade 6, Den Haag.
30. Internationale katholische Presseunion, Osservatore Romano, Rom.
31. Internationale Union „Pro Deo“, Via Nazionale 89, Rom.
32. Weltunion katholischer Philosophiegesellschaften, 1, place G. Python, Freiburg/Schweiz.

„Documentation Catholique“ führt außerdem noch die katholischen Informationsorganisationen bei den Vereinten Nationen an:

- Centre international permanent catholique d'information, 37, Quai Wilson, Genf.
- Büro des NCWC für die Angelegenheiten der Vereinten Nationen, 32, East 39th street, New York 16.
- Vatikanische Kommission bei der UNESCO, 181, rue de la Pompe, Paris XVI°.
- Vatican Migration bureau, Palais des Nations, Genf.

Diese Zahl der Organisationen, so sagt die Vorbemerkung in „Documentation Catholique“, macht die Zerstreung der Kräfte und den Mangel an Koordinierung nur allzu deutlich. Mögen die verantwortlichen Stellen darüber nachdenken und Abhilfe schaffen.

**Selbstkritik
der spanischen
Katholiken**

Das Treffen katholischer Intellektueller in Avila wurde von „Ecclesia“, der Zeitschrift der Katholischen Aktion

Spaniens, zum Anlaß genommen, die dort ausgegebene Warnung vor einer „religiösen Inflation“ aufzugreifen und zu vertiefen.

Es sei falsch, sich mit günstigen Gesetzen, mit staatlichem Schutz und Beihilfen zufriedenzugeben, es komme viel mehr darauf an, zu einer Betätigung in christlichem Sinne und aus dem Grunde einer wachen Seele zu reifen. Zwar sei seit dem Bürgerkriege in dem einen Jahrzehnte viel erreicht worden. Das Glaubensleben hat eine Erneuerung erlebt, manche kirchenfremde Kreise, auch aus der Arbeiterschaft, aber besonders stark in den ehemals liberalen Bevölkerungsgruppen der Gelehrtenwelt, haben sich zu einer christlichen Denkweise umbesonnen. Das schließe aber die Gefahr nicht aus, daß ein leerer Formalismus sich breitmache, Luftschlösser errichtet würden anstatt sturmfester Bollwerke, die man vielleicht noch brauche. Man hatte früher, als der Katholizismus noch angefeindet war, sich einige Jahre ungestörten Schaffens gewünscht, um alles

Erstrebte in ihnen verwirklichen zu können; wieviel von den alten Wunschträumen ist inzwischen Tat geworden?

„Schlimmer, als eine Schlacht verlieren, ist es, einen Sieg nicht auswerten. Auf dem Wege des Triumphes einschlafen und in falschem Optimismus Energien hinwelken lassen, die sich in eifernden Nachtwachen verzehren und die Früchte früherer Anstrengungen steigern sollten, solches Tun ist verwegen und sträflich träge in einem.“

Zunahme der Priesterberufe in Spanien

In der Zeitschrift der spanischen Katholischen Aktion „Ecclesia“ (11. 8. 1951) untersucht Luis Sanz Burata auf Grund eigener schwieriger neuer Umfragen und Zusammenstellungen die Entwicklung der Priesterberufungen in Spanien. Seine Erkenntnisse wurden als Arbeitsunterlage bei der gesamtspanischen Versammlung der Seminar Direktoren von 64 Diözesen verwendet, die anfangs September 1951 in Logrono stattfand. Für die beiden letzten Jahre liegen die bisher für Spanien vollständigsten Unterlagen vor. Nur fehlt die Aufgliederung des Nachwuchses nach dem Stande der Eltern. Hierfür nimmt man aber mit Recht an, daß sich seit 1935 keine wesentlichen Änderungen ergaben, und damals legte der statistische Fachmann in diesen Fragen, Severino Aznar, der „Woche für Seminarien“ einen aufschlußreichen Überblick vor, den er dann 1949 in seinem Buche „Die spanische Revolution und die kirchlichen Berufungen“ auswertete. Darnach stellt die Oberschicht, der Adel des Landes nur 0,8% der Priesterschaft, die Bürger mit einem Einkommen von jährlich über 50 000 Peseten (was 1935 viel bedeutete!) nur 1,5%. Am zahlreichsten war die Gruppe der kleinen Grundbesitzer mit 41,7%, die fast erreicht wurde von den Landarbeitern mit 30%. Man darf somit sagen, daß das spanische Landvolk noch immer fast drei von vier spanischen Priestern stellt, eine Tatsache, die nirgends mehr in Europa, selbst nicht in Italien, ihresgleichen finden und die ihre großen Auswirkungen auf die konservativen Züge der spanischen christlichen Weltanschauung und Kirchenpolitik haben dürfte.

Die Söhne von Angestellten und Industriearbeitern erreichen jeweils 12%, die Priester aus dem Handwerkerstande nur 1%.

Daß aber das fromme Landvolk mit seinen vielen Priester söhnen ebenfalls vom laizistischen Geist der Zeit angekränkt ist oder doch von der liberalen Lauheit befallen bleibt, beweist die Klage in „Ecclesia“, wonach Diözesen mit zahlreichem Priesternachwuchs, die sogar an Nachbarbereiche abgeben können, dennoch keine im Glauben lebendige Männerwelt aufweisen. Auch in durchschnittlichen Landdiözesen mit wenig Arbeitern und Städten gehen weniger Männer sonntags in die Kirche, als draußen bleiben.

Die Zahl der Priesterseminaristen zeigt während der „guten Diktatur“ Primo de Riveras ab 1927 bis 1930 Ansteigen und beharrliche Stetigkeit, (Höchstziffer 1928: 13 291); rapide Abnahme mit dem Beginn der Republik (Tiefpunkt 1934: 7516), abermals beharrliche Zunahme 1934 bis 1946 und seitdem stärkeres Ansteigen (Höchstzahl 1951: 18 536). Das bedeutet gegenüber 1927 eine Vermehrung um 50%. Leider liegen keine Vergleichszahlen zu der allgemeinen Bevölkerungszunahme vor, denn nur diese ließen wirkliche Vergleiche zu. Schwerlich hat sich aber Spanien seither um mehr als die Hälfte sei-

ner Bevölkerung vermehrt. Beachtlich scheint auch, daß die antiklerikale Gesetzgebung der Republik unter dem Justizminister Alvaro de Albornoz sich bis 1934 in einer Abnahme des Seminaristenzugangs um 42% auswirkte, daß aber noch während der Republik dieser Schock überwunden wurde und während der beiden letzten Jahre der geistliche Nachwuchs zunahm — Zufall oder innere Festigung gegenüber dem Widersacher?

Die Zunahme ist nicht gleich in den verschiedenen Diözesen, es gibt solche wie Cartagena und Granada, die ihre Zahlen von 1930 inzwischen verdoppelten, ja Jaen hat sie sogar verdreifacht. Auffälligerweise liegen diese drei Diözesen alle im industriell unterentwickelten Süden des Landes, die Mitte wie Madrid und Avila erreicht noch nicht das Doppelte.

Vielleicht war doch 1950 schon der Höhepunkt überschritten, denn von 1950 bis 51 hat in einem Drittel der spanischen Priesterseminare die Zahl der Studenten geringfügig abgenommen. Die besorgten Bischöfe erklären sich dies mit wirtschaftlichen Gründen, denn die steigenden Lebenshaltungskosten waren Ursache für eine Erhöhung der Wohnpreise in den Seminarien und für eine gespannte Wirtschaftslage in zahlreichen kleinen Haushalten. So ist es zu erklären, daß die Unterklassen in nicht wenigen Seminaren abnahmen, was sich aber auf die Gesamtzahl noch nicht auswirkte, sie stieg immer noch von 1950 bis 51 von 18 107 auf 18 536.

Die Zahl der spanischen Weltpriester hat seit 1908 (33 403) stetig abgenommen, erreichte 1939 nach dem Bürgerkrieg ihren ersten Tiefstand (29 902). Dann wirkten sich die Folgen des Krieges in den Seminarien aus, so daß 1944 ein neuer Tiefstand mit 24 987 erreicht wurde. Seitdem ist eine Zunahme festzustellen, so daß 1950 (31 431) die Zahl von 1930 wieder erreicht und die von 1936 überboten wurde. 1933 war offenbar das bisher beste Jahr in diesem Jahrhundert, die Ernte der guten Seminarzugänge während Riveras Diktatur.

Man darf wohl annehmen, daß die Zahl der Priester in Spanien weiterhin zunehmen wird, weswegen der Heilige Vater die bestversorgten Diözesen und blühendsten Ordensgemeinschaften aufforderte, an die seelsorgerlich stark unterernährten Schwesterländer Amerikas Helfer abzugeben. Das Werk der „Cooperación Sacerdotal Hispanoamericana“ ist eingeleitet und blüht auf.

Vorläufige Lösung des französischen Schulkonfliktes

Der Streit um die staatliche Subvention für die „freien“ Schulen, d. h. im wesentlichen die katholischen Privatschulen, hat, nachdem er wochenlang die Regierungsbildung gehemmt, das Parlament und die endlich zustandgekommene Regierung gehindert hat, sich mit dringenden Problemen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens und den ebenso dringenden außenpolitischen Schwierigkeiten zu beschäftigen, endlich am 10. September eine (allerdings von allen Seiten als nur „vorläufig“ bezeichnete) Lösung gefunden. Das Parlament hat, nachdem es seit dem 25. August leidenschaftlich und erregt diskutiert hatte, mit 313 gegen 255 Stimmen ein Gesetz angenommen, das einen Zuschuß an alle Familienväter, deren Kinder die Elementarschule besuchen, in Höhe von 1000 Franken pro Kind und pro Trimester vorsieht. Für alle Schüler der staatlichen Schulen wird dieser Betrag direkt an die Schulkassen der Departements, für die Schüler der freien Schu-

len an die Elternvereinigungen, die Träger dieser Schulen sind, überwiesen, und zwar sollen die Beträge für das erste Trimester 1951 bis zum 15. Oktober gezahlt werden. Die Kosten dieser Regelung sollen durch Erhöhung der (in Frankreich beim Produzenten erhobenen) Umsatzsteuer um 0,3% aufgebracht werden. Das Gesetz gilt nur für die Schulen, die bei seinem Inkrafttreten gesetzlich errichtet sind und nur so lange, bis das in Vorbereitung befindliche umfassende Schulgesetz in Kraft tritt.

Für das Gesetz stimmten (von den größeren Parteien) die MRP, das RPF (Gaullisten) bei einer Stimmenthaltung, die Unabhängigen, die Bauernpartei und eine Minderheit (von 12 Abgeordneten) der Radikalsozialisten; gegen das Gesetz die Sozialisten, die Kommunisten und die Mehrheit der Radikalsozialisten (46, bei 9 Stimmenthaltungen).

Die Vorgeschichte

Wir haben hier schon des öfteren auf die Probleme der „freien Schule“ in Frankreich hingewiesen (vgl. Herder-Korrespondenz Jg. 3, S. 467 ff.; Jg. 4, S. 393 f.). Der französische Katholizismus muß sein Schulwesen vollständig selbst erhalten, er bringt dafür nach Angaben aus dem Jahre 1950 jährlich etwa 270 Millionen Franken auf. Dabei besuchen in den Elementarschulen 4 220 000 Kinder die staatlichen, 910 000 die freien Schulen; für die höheren Schulen sind die entsprechenden Zahlen 412 000 und 308 000. Die laizistische, antiklerikale Tradition der staatlichen „neutralen“ Schulen, die auch in der 4. Republik nicht überwunden ist, macht die Erhaltung der freien Schulen zu einer Lebensfrage für die Kirche und das gläubige Volk. Man kann zwar vielleicht gewisse Hoffnungen für die allmähliche Durchsetzung einer wirklichen Neutralität der Staatsschulen hegen; man kann auch — wie viele, namentlich jüngere katholische Kräfte in Frankreich es tun — darauf hinweisen, daß die Dualität des Schulwesens die Kluft zwischen Kirche und Staat, zwischen den Katholiken und dem Rest der Nation, immer weiter offenhält und den bewußt missionarischen Geist der französischen Katholiken an der vollen Entfaltung seiner Wirksamkeit hindert: all das ändert nichts an der Tatsache, daß bei dem heute noch bestehenden Stande der Dinge die religiöse Erziehung des Kindes in der Staatsschule nicht gewährleistet und in vielen Fällen sogar gefährdet ist.

Nun stiegen als Folge der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung die finanziellen Schwierigkeiten der freien Schulen in der Nachkriegszeit dauernd an, und es war abzusehen, daß die Katholiken diese Last bald nicht mehr würden tragen können. In diesem Jahr war es so weit, daß zahlreiche freie Schulen erklären mußten, sie seien gezwungen, vor Beginn des neuen Schuljahres zu schließen.

Das hätte aber eine Katastrophe des ganzen Schulwesens bedeutet. Denn während die Regierung in der Nachkriegszeit alles getan hatte, durch familienfreundliche Maßnahmen die Geburten zu fördern, hatte sie den Ausbau ihres Schulwesens so vernachlässigt, daß sie gar nicht in der Lage gewesen wäre, die Schüler der freien Schulen aufzunehmen. Es fehlte sowohl an Schulräumen wie Lehrkräften. Diese Unzulänglichkeit der staatlichen Schulen war besonders kraß in den bevölkerungsreichen städtischen Gebieten der Departements Nord, Seine et Oise, Rhône und Loire, wo die freie Schule deshalb große Eroberungen gemacht hatte, während in den Departements Morbihan, Ille et Vilaine, Vendée und Maine et Loire die freien

Schulen von jeher schon in der Elementarstufe mehr Schüler hatten als die staatlichen. Weitere 17 Departements haben in der höheren Schulstufe mehr Schüler in den freien als in den staatlichen Schulen.

Das staatliche Schulwesen hätte also bei einem Zusammenbruch der freien Schulen deren Schüler gar nicht auffangen können, so daß der Staat ein dringendes praktisches Interesse an ihrer Aufrechterhaltung nehmen mußte. Dazu kommt noch, daß es nach den letzten Wahlen zum erstenmal eine Mehrheit für die freien Schulen gibt, — bestehend aus dem MRP, den Unabhängigen, der Bauernpartei und den Gaullisten. Diese Mehrheit bedeutet aber eine Spaltung der regierungsbildenden Mitte: die christlichen Demokraten hätten sich mit den autoritären Gaullisten zusammenschließen müssen, um die Schulfreiheit zu erringen; die Radikalsozialisten und Sozialisten mit den totalitären Kommunisten, um den Laizismus zu verteidigen; — wenn sich diese Mitte nicht auf ein vernünftiges Kompromiß einigen konnte. Die Abstimmungsergebnisse zeigen, daß es tatsächlich so gekommen ist. Die weiteren politischen Folgen dieser Spaltung sowohl für die Regierung wie auch für die Wahlen zu den Provinzparlamenten am 7. Oktober sind noch nicht abzusehen. Der sozialistische Abgeordnete Charles Lussy hat jedenfalls in der entscheidenden Parlamentssitzung versichert, seine Partei werde dem MRP diese Abstimmung nicht vergessen.

Die Hintergründe

Wenn also weder die Fakten der gegenwärtigen Schulsituation, noch die Gefahr einer Regierungskrise, noch die Furcht vor politisch widernatürlichen Bündnissen, noch die Bedenken, in einer kritischen Lage der Innen- und Außenpolitik Regierung und Parlament wochenlang lahmzulegen, ausreichend waren, die Partner zu einer friedlichen Lösung zu bringen, so zeigt das, wie starke Leidenschaften durch die Schulfrage erregt werden, wie die laikale Schule für weite Kreise noch immer das Schibboleth der Republik ist.

Die Republik ist eben von ihren Ursprüngen her laikal und antiklerikal. Sie hat ihren Kampf gegen die „Reaktion“, die damals weitgehend mit kirchlichen Kreisen identisch war, durch das Instrument der weltlichen Schule gewonnen und kann sich auch unter veränderten Umständen von diesem ihrem einstigen Wahrzeichen anscheinend nicht lösen. Die Bindung der Kirche und der Mehrheit der Katholiken an die restaurative Politik der Rechten im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert hat zwischen ihr und den Kräften der Dritten Republik eine Kluft aufgerissen, die auch in der Vierten Republik, die doch die Christlichen Demokraten als tragende Kraft ihres Zusammenhaltes gegen die Bedrohungen von rechts und links nicht entbehren kann, noch unüberbrückbar scheint. Vergänglich predigt „Le Monde“ (7. 9. 1951) den Gegnern der freien Schule, daß „es nicht mehr die Christenheit von vor dreiviertel Jahrhunderten ist, die die Sozialisten vor sich haben, sondern die von heute . . .“ Nichts scheint von der Tradition des 19. Jahrhunderts dauerhafter und tiefer verwurzelt als ihre Anti-affekte. Man muß diese historischen Hintergründe des jetzigen Schulstreites verstehen, um seine Leidenschaft zu begreifen. Ob man wirklich hoffen kann, daß die geplante umfassende Regelung des französischen Schulwesens in dieser Atmosphäre zustande kommt, ist sehr zweifelhaft.

Die Agonie der Gesinnungspresse

Vor mehr als einem Jahr berichtete die Herder-Korrespondenz (4. Jhg. S. 347) von dem unaufhaltsamen Rückgang fast aller ernsthaften Zeitungen in dem Lande der klassischen Journalistik, in Frankreich. Sie verlieren ihre Leser an die Sensationsblätter, oder sie erhalten sich durch Unterwerfung unter irgendwelche Kapitalmächte. Die Entwicklung hat Fortschritte gemacht. „Témoignage chrétien“ (3. 8. 1951) stellt verschiedene Anzeichen dafür zusammen. Der sozialistische „Populaire“ ist nur durch eine letzte Kraftanstrengung des Parteivorstandes vor dem Eingehen bewahrt worden. Die „Résistance“ ist in „Le Matin“ aufgegangen, „L'Epoque“, die vor einem Jahr noch 60 000 Exemplare druckte, hat das Erscheinen eingestellt, „Franc-Tireur“ gibt den Sensationellen Raum, „L'Aube“, die seit 1935 der publizistische Mittelpunkt der christlichen Demokraten war, erscheint im August gar nicht und dann nur mehr für Abonnenten. „Le Monde“ schreibt: „Man kann die Konferenzen und Berichte über die Freiheit der Presse vervielfachen, diese selbst nimmt mehr und mehr das Angesicht des Geldes an.“ Sie habe die Wahl zwischen Sich-verkaufen oder Sterben.

Auch die Wochenpresse ringt schwer um ihre Existenz. „Témoignage chrétien“ schreibt: „Wir bedauern es lebhaft, daß im Lande der Kultur diejenige Presse, die ihren Leser im Nachdenken unterstützt und ihm die großen Probleme der Welt vor Augen führt, heute nicht mehr leben kann.“ Das Blatt schließt mit dem Hinweis, auch ihm selbst könnte die Stunde dieser Entscheidung bevorstehen, und fordert seine Leser auf, sich beizeiten darüber Rechenschaft zu geben, ob sie die freie Meinung in der Publizistik entbehren oder für ihre Erhaltung Opfer bringen und vor allem werben wollen.

Es bedarf keines Wortes, daß die Lage der von Überzeugung getragenen Zeitungen und Zeitschriften im deutschen Sprachgebiet dieselbe ist.

Aus Amerika

Sorgen um den Religionsunterricht in USA

Die Herder-Korrespondenz brachte in Heft 10 des 5. Jhg. S. 442 die neuesten statistischen Angaben vom katholischen Erziehungswesen in den Vereinigten Staaten. Fast 5 Millionen katholische Kinder und Jugendliche wachsen in religiösen Bildungsanstalten heran. Diese Zahl, die von dem bewunderungswürdigen Opfersinn der amerikanischen Katholiken zeugt, erscheint aber erst im rechten Licht, wenn man erfährt, daß mehr als die Hälfte der katholischen Jugend in den religionslosen öffentlichen Schulen erzogen wird.

Bischof O'Hara von Kansas City, der Vorsitzende des Bischofskomitees für die Bruderschaft der christlichen Lehre, gab auf der Jahresversammlung bekannt, daß etwa 4 Millionen Kinder die öffentlichen Volksschulen besuchen, 1,5 Millionen die höheren Schulen und 300 000 junge Katholiken staatliche bzw. nicht-katholische Colleges. Die Kirche sieht sich hinsichtlich ihrer religiösen Unterrichtung vor überaus schwere Aufgaben gestellt und muß eingestehen, daß sie diese Aufgaben nur unzureichend bewältigt. Demzufolge sind sehr viele Gläubige, die aus diesen Schulen kommen, nur sehr oberflächlich mit dem Glauben in Fühlung, und aus ihren Kreisen kommen hauptsächlich die Verluste.

Der Religionsunterricht an diesen Schulen leidet nicht nur unter dem Mangel an geeigneten Lehrern. Er wird noch mehr dadurch beeinträchtigt, daß die Eltern dieser Kinder in sehr vielen Fällen kein Interesse für den Religionsunterricht haben. Ferner ist es sehr schwer, die Kinder für diese, von der Schule aus betrachtet, freiwilligen Stunden zu gewinnen, weil sie mit allzu vielen Ablenkungen konkurrieren müssen.

Bischof O'Hara gab folgende Ratschläge zur Überwindung der Schwierigkeiten:

1. Vermehrung der Lehrkräfte zur Verkleinerung der Klassen.
2. Vermehrter Einsatz von Film- und Bildmaterial, um den Unterricht interessanter zu gestalten.
3. Kontakt mit den Schulbehörden zur Vermeidung von Stundenkollisionen.
4. Vermehrung der Unterrichtsstätten bzw. Verbesserung der kirchlichen Transportmittel, um den Kindern den Weg zu verkürzen. Fernunterricht für abseits wohnende Kinder.
5. Verstärkter Einsatz von „Fischern“, also Mitgliedern der Bruderschaft, die die säumigen Kinder herbeiholen und die Eltern aufrütteln.

Die Mängel im Unterricht dieser Jugend, sagte der Bischof ferner, müßten nach Möglichkeit außerdem im späteren Leben ausgeglichen werden. Darum verdiene die Erwachsenen Katechese dringende Beachtung. Sie müsse sich vor allem der Form der Diskussionsklubs bedienen und als Eltern erziehung dargeboten werden, weil ja die Eltern dafür vielfach aufgeschlossener sind, als wenn man ihnen ihre eigene Fortbildung nahelegen will.

Initiativen zum Ehescheidungsrecht und der Zerfall der Familie

Aus drei Ländern wurden im letzten Monat Vorschläge zu Änderungen im geltenden Ehescheidungsrecht berichtet.

In Brasilien machte der Abgeordnete Nelsen Carneiro einen Vorstoß zur Erleichterung der Ehescheidung. Er beantragte, die Scheidung zu bewilligen, wenn durch eine fünfjährige Trennung die „unüberwindliche Abneigung“ erwiesen ist. Gegenwärtig ist in Brasilien in diesem Falle wohl eine dauernde Trennung, aber keine Scheidung der Ehe möglich, weil die Verfassung an der Unauflöslichkeit des Ehebandes festhält. Schon vor fünf Jahren war der Versuch gemacht worden, diese Bestimmung der Verfassung zu ändern. Er scheiterte aber am Widerstand der Katholiken. Auch jetzt haben die verschiedensten katholischen Vereinigungen und Persönlichkeiten unter Führung des Erzbischofs von Rio de Janeiro, Kardinal Jaime de Barros, den Kampf gegen die Bestrebungen zur Lockerung der Ehe aufgenommen.

In Frankreich dagegen reichte der sozialistische Abgeordnete Minjoz einen Gesetzesvorschlag ein, der wenigstens die voreiligen Scheidungsbegehren hemmen will. In Frankreich ist die Ehe bei gegenseitigem Einverständnis auflösbar. Nach dem neuen Vorschlag soll dieser Grund nicht mehr gelten, wenn einer der beiden Partner noch nicht 21 Jahre alt ist oder wenn die Ehe noch nicht zwei Jahre besteht.

In den Vereinigten Staaten sprach vor einer Versammlung von Kommunalpolitikern der Vizekanzler des Bistums Cleveland, Edward J. Halloran, ein früherer Rechtsanwalt, einen sehr bemerkenswerten Gedanken aus. Er forderte, daß vor den staatlichen Gerichten ebenso wie

vor den kirchlichen ein Staatsanwalt als Verteidiger des Ehebandes (defensor vinculi) auftreten müßte. „Das Eheband“, sagte er, „ist die einzige Einrichtung, die vor Gericht gezogen wird, ohne daß irgend jemand sie verteidigt.“ Es wird nicht berichtet, welche Aufnahme dieser Gedanke fand. Für Juristen, die in der Vorstellung groß geworden sind, daß die Ehe nichts weiter ist als ein privatrechtlicher Vertrag, klingt er absurd. Tatsächlich handelt es sich dabei aber um eine logische Folgerung aus der naturrechtlichen Gegebenheit, daß die Ehe öffentlich-rechtlichen Charakter hat, weswegen sie sehr wohl den Anspruch hätte, im Prozeß durch einen Vertreter des öffentlichen Rechtes geschützt zu werden.

Die erwähnte Versammlung kam nicht so sehr aus rechtlichen Gründen als vielmehr auf Grund des politisch bedenklichen Zerfalls der Familie und seiner Auswirkungen für die Gesellschaft zu der Einsicht, daß der Scheidungswille Einhalt geboten werden muß. In Amerika kommt auf vier Heiraten eine Scheidung. Richter Julius M. Kovachy forderte deshalb von neuem, daß der Verhandlung von Scheidungsklagen die Behandlung der Parteien in einer Eheklammer vorangehen müsse, in der Juristen, Psychiater, Sozialpsychologen, Fürsorger und Geistliche versuchen sollen, die Eheleute wieder auszusöhnen.

Aus England berichtete die Herder-Korrespondenz im Juni d. J. (5. Jhg. Heft 9 S. 388) ebenfalls von Kontroversen über die Änderung des Ehescheidungsrechtes. Jetzt liegt die Statistik für 1949 aus diesem Lande vor. Sie registriert 34 217 Scheidungen gegen 29 431 im Jahre 1946 und 15 221 im Jahre 1945. Die Zahl für 1949 liegt allerdings niedriger als die der beiden vorhergehenden Jahre. „The Tablet“ (8. 9. 1951), dem wir die Zahlen entnehmen, bemerkt dazu aber, es handle sich um keinen echten Rückgang; das Jahr 1949 sei vielmehr das erste wieder normale Jahr, in dem die Auswirkungen des Krieges nicht mehr ausschlaggebend sind. Bemerkenswert sei besonders, daß von Jahr zu Jahr mehr Ehescheidungen von männlicher Seite beantragt werden und daß jetzt zum ersten Mal mehr Klagen auf böswilliges Verlassen als auf Ehebruch gestützt werden. Für den Bezirk London, in dem 14 459 Scheidungen ausgesprochen wurden, zeigt sich ferner, daß 5709 Ehen kinderlos waren und weitere 4663 nur ein Kind hatten.

In engem Zusammenhang mit der wachsenden Scheidungsziffer steht das andere Symptom für den Zerfall der Familie, die Furcht vor dem Kinde. 1949 wurden in den englischen Familien 285 982 erste Kinder geboren, 220 792 zweite, 98 789 dritte, 42 458 vierte, 20 266 fünfte, 11 177 sechste und 6566 siebente. Vom dritten Kinde an fällt also die Geburtenrate in geometrischer Proportion. Von den ersten Kindern kamen 59 000 früher als 8½ Monate nach der Hochzeit zur Welt. Von den 90 659 Frauen, die unter 21 Jahren heirateten, gebären 23 646, also mehr als ein Viertel, ihr erstes Kind vor der normalen Zeit. Die Zahl der unehelichen Geburten ist im Verhältnis zu den ehelichen auf 5% gesunken gegen 10% im Jahre 1945.

Daß dieser Rückgang keine sittlichen Beweggründe hat, ergibt sich aus dem Vergleich mit der Gesamtgeburtenrate. Auch sie ist 1949 auf 16,7 pro Tausend gesunken von 17,8 im Jahre 1948 und 20,5 im Jahre 1947. Für 1950 schätzt man nur noch 15,8, und im ersten Vierteljahr 1951 ist auch diese Zahl nicht mehr erreicht worden. England folgt mit der niedrigsten Geburtenziffer in Europa hinter Österreich und Deutschland.

Für das Elternrecht in Mexiko und Ecuador

In einem einheitlich geleiteten Propagandafeldzug fordern die Katholiken Mexikos die Aufhebung eines Verfassungsartikels, der im Widerspruch zu den Grundsätzen der UNO steht. Die Aktion begann mit einem offenen Brief der katholischen Elternvereinigung an den Präsidenten und wurde von 22 Großstadt- und 67 Provinzzeitungen sowie 145 Radiostationen unterstützt, die das natürliche Elternrecht und das Statut der UNO ins Feld führten. Der umstrittene Artikel 3 der Verfassung von 1917 verbietet religiösen Körperschaften oder Amtsträgern die Unterhaltung von Schulen. Zu ihm gehört eine Ergänzungsbestimmung von 1934, die den Religionsunterricht aus den Staatsschulen verbannt, um „dem Fanatismus und Vorurteil“ vorzubeugen. Diese Bestimmung hat die Sozialisten zu Urhebern. Sie ist 1945 durch Präsident Camacho außer Kraft gesetzt worden. Außerdem duldet die gegenwärtige Regierung mancherlei Umgehungen des Verfassungsgrundsatzes selbst. Jedoch hat der nationale mexikanische Freimaurerkongreß im Anschluß an die Milderung von 1945 die Entschließung gefaßt, für die genaue Durchführung des Grundsatzes des Artikels 3 zu kämpfen, und sich damit zu dem sozialistischen Prinzip bekannt. Deshalb haben die mexikanischen Katholiken Grund, sich dafür einzusetzen, daß der bestehende Defacto-Zustand auch rechtlich anerkannt und dadurch einer möglichen Verwaltungswillkür vorgebeugt wird.

Auch in Ecuador liegen die Dinge ähnlich. Es wurde daher jetzt auf einem katholischen nationalen Erziehungskongreß in Quito der Entschluß zur Gründung einer nationalen Vereinigung katholischer Erzieher gefaßt, um zunächst die Einführung des Religionsunterrichts in den Staatsschulen zu erkämpfen.

IV. Interamerikanischer Katholischer Erzieherkongreß

Der 1. Congreso Interamericano de Educación Católica (CIEC) fand 1945 in Bogota statt, angeregt und angeführt von dem kolumbischen Jesuiten P. J. M. Fernandez. Er sollte alle zwei Jahre wiederholt werden, aber um die junge Organisation zu festigen, wurde diese Regel nicht eingehalten, denn man tagte schon 1946 in Buenos Aires wieder. 1948 ging man statutengemäß nach La Paz. Die 4. Tagung fand nun vom 25. Juli bis 5. August 1951 in Rio de Janeiro statt. Vielleicht mochte der dreijährige Abstand zwischen La Paz und Rio dazu beigetragen haben, daß die Teilnehmerzahl diesmal alle früheren Erfahrungen weit übertraf. Hatte man bisher höchstens 400 Teilnehmer erlebt und diesmal mit 700 Köpfen gerechnet, so übertraf die Summe von 1200 Delegierten die kühnsten Erwartungen und stellte den Organisator, den brasilianischen Jesuitenprovinzial Arturo Alonso, vor schwierige Aufgaben. Die Entwicklung des CIEC verlief bisher so günstig, daß man mit seiner Ausdehnung zu einer Weltorganisation und mit ihrer Zulassung zur Unesco rechnen darf. Diesmal beteiligten sich fast alle Länder Amerikas einschließlich Kanadas sowie mehrere Staaten Europas.

Die Haltung dieser katholischen Erziehergemeinschaft zeichnet sich durch Prinzipientreue und Modernität aus, durch kontinentale Verbundenheit und antilaizistischen Offensivgeist, endlich durch starkes soziales Fortschrittsbewußtsein. Von nichtchristlichen Philosophien wurden für

die Erziehung als Grundlagen abgelehnt nach einer Formulierung des Vertreters Kanadas, Ovila Gadouas: der Naturalismus Rousseaus und Spencers, weil er den Geist und die Menschennatur verkennt, der positivistische Soziologismus Durkheims u. a., da er die Individualität vernachlässigt, der Sozialismus, weil er nur eine Abart der vorigen Schule ist, möge er sich nun Faschismus, Nationalsozialismus oder Marxismus nennen, endlich mit besonderer Ausführlichkeit und Resonanz John Deweys Pragmatismus, eine besonders gefährliche Mischung von materialistischem Evolutionismus, Behaviourismus und pragmatischem Instrumentalismus, der jeden sicheren objektiven und transzendenten Wert zerstört. Gerade Dewey wurde größtes Gewicht beigemessen, seine ausführliche Behandlung verlangt, da er pädagogisch außerordentlich wirksam ist. Auch der Säkularismus als „eine der größten Gefahren für die katholische Erziehung in den Vereinigten Staaten und vielleicht auch einigen lateinamerikanischen Ländern“ wurde in die Aufzählung aufgenommen. Eine letzte Warnung wurde ausgesprochen gegenüber dem Idealismus, der sich heute als atheistischer Existenzialismus, Sentimentalismus und Historizismus dartut, ebenso wie der Materialismus Gott, Erbsünde und Erlösung leugnet.

Aus den Missionen

**Die Kirche
in Ozeanien
Missionsgebets-
intention
für Oktober 1951**

Der zweite Weltkrieg und die Besetzung zahlreicher Inselgruppen der Südsee durch starke japanische und amerikanische Kräfte haben seit gut zehn Jahren im Raum des Südpazifik tiefe geistige Umwälzungen angebahnt, die auch die katholischen Missionare seelsorglich aufs stärkste interessieren. Wenn auch gewisse, seit langem befriedete Gebiete Ozeaniens schon einen relativ hohen Stand der Zivilisation erreicht haben, so gibt es doch andere, wo sich die Eingeborenen beim Ausbruch des Krieges im Stillen Ozean noch in primitivem Zustand befanden, ja, wie die Nordsalomonen, noch nicht frei von Kannibalismus sind. Gerade diese Inseln, vor allem Melanesien, gerieten in die Kriegshandlungen hinein.

Einbruch des Atomzeitalters in das Steinzeitalter

Der Maristenpater O'Reilly, ein anerkannter Religionssoziologe, der den Ausbruch des Krieges im Pazifik miterlebte, hat in verschiedenen Veröffentlichungen den ungeheuren geistigen Umbruch geschildert, der manche Inselgruppen von heute auf morgen aus dem Steinzeitalter in das des Radar und der Atombombe führte. Menschen, die sich seit Jahrtausenden in einer fast unveränderten Lebensform befanden, wurden mit einem Schlag brutal in eine Zivilisation versetzt, die sich ihnen unter den Formen einer Art phantastischer industrieller Magie vorstellte. „Die Gegenwart von Kriegsschiffen und Invasionsflotten, blitzartige Landungen, das Erscheinen großer Transportflugzeuge und Amphibienfahrzeuge hat die Eingeborenen im eigentlichen Sinne revolutioniert. Alle diese fliegenden, rollenden, schwimmenden oder tauchenden Maschinen; diese Instrumente, die Wälder abrasieren, Hügel ein ebenen, Wärme und Kälte erzeugen, enorme Lasten schleppen, die Nacht erleuchten, Wolken hervorzaubern, in die Entfernung hinein kommandieren und in der Entfernung

sehen; diese allzu wirksamen Methoden, um Tod, Feuer und Zerstörung zu bringen, diese gewaltigen Landungsschauspiele und diese schrecklichen Bombardierungen brachten auf die Inseln die Wirklichkeiten einer Art apokalyptischer und unmenschlicher Welt.“ Die Eingeborenen verstanden nichts vom Wie und Warum dieser Vorgänge. Sie konnten sich überhaupt nicht vorstellen, warum plötzlich Hunderttausende von Menschen auf ihren stillen Inseln erschienen, um einander auf Tod und Leben zu bekämpfen. Der Insulaner hatte ja keinen „Vaterlandsbegriff“. Die Insel ist sein Vaterland. Wie kann man für seine Heimat in riesiger Entfernung davon kämpfen?

Während die Japaner die Eingeborenen zu Zwangsarbeiten anhielten, warben die Amerikaner die in diesem Klima für sie so notwendigen Hilfskräfte mit Geld an, bezahlten sogar in der ersten dringenden Not heimatliche Löhne und ernährten die Eingeborenen mit Reis und Konserven. Schnell hatten diese sich auch europäisch gekleidet, während die Frauen auf den Dörfern am laufenden Band die bei den Amerikanern so beliebten „Souvenirs“ herstellten. Die Insulaner waren aufs höchste erstaunt, Schwarze unter den Amerikanern zu sehen, „Blutsverwandte“, wie sie meinten, die fast wie die weißen Soldaten behandelt wurden. Die amerikanischen Neger knüpften Beziehungen zu den Kanaken an und stellten ihnen in Aussicht, daß sie bald auch so frei und so gutgekleidet seien wie sie und auch Autos führen würden. Man zog die Eingeborenen zu Wachdiensten auf den Flugplätzen heran, die oft in kürzester Frist eine ganze Insel umgestalteten. Auf den Neuen Hebriden und den Salomonen stellte man sogar Eingeborenen-Bataillone für örtliche Aufgaben zusammen und 300 Neukaledonier kämpften mit den „Freien Franzosen“ tapfer in Nordafrika.

Sittliche Folgen

Der Krieg brachte einen starken Austausch der Inselbevölkerung zuwege. Manche Inseln wurden aus strategischen Gründen ganz geräumt, anderswo Männer von ihren Frauen getrennt. Das war für die Insulaner, die nie ihre Wohnstätte verlassen hatten, wirklich eine neue Welt. In der Südsee gab es unter den weißen Soldaten mehr Deserteure, Plünderer, Diebe als anderswo. Sie bedurften der Insulaner als Werkzeuge und ließen mit ihnen ganze Schiffe verschwinden, ähnlich wie in Europa die Jeeps verschwanden. Die Anwesenheit großer Armeen hatte auch unausbleibliche Folgen für die sexuelle Moral der Eingeborenen. Die weite Verbreitung der Geschlechtskrankheiten, für die niemand verantwortlich sein wollte, ist inzwischen durch umfassende sanitäre Maßnahmen eingedämmt worden.

Die soziale Frage erscheint

Die japanischen und amerikanischen Armeen verschwanden nach einigen Jahren. Es blieb unermeßliches Material zurück, das die Pflanzer bereicherte. Der Mangel an Fetten in der Welt direkt nach dem Kriege führte zu einem rapiden Ansteigen der Koprapreise. Eine nie gesehene Prosperität setzte ein, deren Mitnutzer die Eingeborenen waren. Aber sie wollten, durch die Amerikaner verwöhnt, nicht oder nur für hohe Löhne arbeiten, waren unlenksam und revolutionär, zeigten sogar Verlangen nach baldiger Unabhängigkeit. Verschiedene prophetische Bewe-

gungen unter ihnen verkündeten das Ende der weißen Herrschaft. Tatsächlich ist das alte System der Requirierung von Handarbeit in der Südsee zu Ende. Die soziale Frage erscheint allmählich unter den Aspekten der übrigen, von der westlichen Zivilisation erfaßten Welt.

Die Missionen in der veränderten Lage

Die katholischen Missionen stehen mitten in den gewaltigen Veränderungen der Südsee. Ihre Arbeit von gut 130 Jahren wurde gelohnt durch einen Bestand von heute fast 300 000 Christen in 15 Vikariaten, von denen einige an die Größe Europas heranreichen. Mit der Verwurzelung dieser Kirchen ist es aber noch schlecht bestellt. Denn fast 400 ausländischen Priestern stehen als Frucht unendlicher Mühen nur 27 einheimische Priester gegenüber, meist solche aus Polynesien. Jetzt reifen auch die ersten Berufe in Melanesien heran. Es scheint so, daß erst ein gewisser Zivilisationsstand erreicht werden muß, bevor die Eingeborenen überhaupt zu geistiger Arbeit in geordneten Studienverhältnissen fähig sind. Um so beachtlicher ist es aber, daß man in der Südsee schon 311 einheimische Ordensschwester zählt. Hier haben die europäischen Ordensfrauen ein Meisterwerk christlicher Erziehungsarbeit geleistet.

Die katholischen Eingeborenen hielten sich im Kriege gut. Wo längere Zeit keine Priester waren, zeigten sich Erschlaffungserscheinungen. Im japanisch besetzten Teil stellten sich die Eingeborenen fast immer auf seiten der Mission gegen die Japaner, die in jedem Weißen, damit auch in jedem weißen Priester, mochte er auch Deutscher sein, einen Spion sahen und sich schwere Grausamkeiten gegen Missionare zuschulden kommen ließen. Im amerikanisch besetzten Teil gab die Anwesenheit Tausender von Katholiken in der Invasionsarmee den Insulanern ein Bild von der weltweiten Verbreitung der Kirche. Die in der Südsee verbreitete These: Zivilisation = Angelsachsentum = Protestantismus ist damals erledigt worden. Die Frömmigkeit und die Bekenntnisfreudigkeit der keine Menschenfurcht kennenden katholischen Soldaten, die seelsorglich glänzend betreut waren, gab den einheimischen Katholiken eine große Stärkung ihres Glaubensbewußtseins. Eingeborene haben übrigens, von den Japanern religiös bedrängt, hervorragende Zeugnisse ihres Glaubensmutes gegeben. Eingeborene Schwestern, die von den Japanern eingesperrt waren, verweigerten sich standhaft allen Zumutungen der Soldaten.

Die Südseemissionen haben im Kriege materiell furchtbar gelitten, sind aber in schnellem Aufbau. Das zurückgelassene amerikanische Material, oft gratis gegeben, oft um teures Geld gekauft, erleichterte den Aufbau. Deutlich sichtbar ist das wachsende Interesse der amerikanischen Christen an den Südseemissionen, deren Betreuung bisher hauptsächlich in französischen Händen lag. Die Anrainerstaaten des Stillen Ozeans werden wohl allmählich die Missionsarbeit in der Südsee übernehmen. Hunderttausende von Amerikanern kamen im Kriege erstmalig in direkte Berührung mit Ozeanien. Staunend sahen sie das von der Kirche hier fern vom großen Weltgeschehen seit einem Jahrhundert geleistete schwere Zivilisations- und Christianisierungswerk. Viele junge Katholiken gewannen im letzten Kriege in der Südsee den Missionsberuf und bereiteten sich in amerikanischen Seminarien auf ihre künftige Arbeit vor.

Ende des protestantischen „Formalprinzips“?

Die ökumenische Berichterstattung des neuen Jahrganges sei mit einem Thema begonnen, das in der letzten Zeitschriftenschau des verflossenen Jahrganges nicht gebührend zur Geltung kam und das eine Hervorhebung verdient. Es findet sich in einem Aufsatz des Göttinger Exegeten Ernst Käsemann, einem der bekanntesten Bultmannschüler: „Begründet der neutestamentliche Kanon die Einheit der Kirche?“ (Ev. Theologie 1951, Heft 1, S. 13 f.). Man darf wohl diese Frage auch noch anders formulieren: haben die verschiedenen christlichen Konfessionen noch eine gemeinsame verbindliche Basis der Offenbarung, auf der sie sich einmal zusammenfinden können? Die Antwort Käsemanns lautet: Nein! Der Kanon der Heiligen Schriften des Neuen Testaments bezeugt bereits eine Vielzahl von christlichen Konfessionen mit z. T. erheblichen Lehrgegensätzen. Diese Seite des Problems interessiert uns hier nicht. Wohl aber die Folgerung, die nun die Runde an den evangelischen Fakultäten und in den evangelischen Pfarrkonventen machen wird, wonach es nicht mehr möglich sei, wie früher die Heilige Schrift als Ganzes dem Katholizismus entgegenzuhalten, das sogenannte Formalprinzip des Protestantismus, das „sola scriptura“, gegen Rom anzuwenden. Denn „der neutestamentliche Kanon ... gewährt in sich wie dem Judentum so auch dem Frühkatholizismus Raum und Basis.“ Das heißt: alle christlichen Konfessionen berufen sich auf ihre Weise mit Recht auf die Schrift. Der Kanon ist nicht mehr der unverrückbare Maßstab für die Wahrheit der Offenbarung oder auch nur für ihre „reformatorische Wertung“. Von der Schrift her scheinen demnach die „katholisierenden“ Protestanten gerechtfertigt. Das hat die historisch-kritische Analyse der neutestamentlichen Schriften, besonders der lukanischen Stücke, um die sich Käsemann bemüht hat, seiner Meinung nach erwiesen. Man kann die Wucht dieser behaupteten Erkenntnis auf evangelische Gemüter kaum überschätzen. Welches wird die dogmatische Folge sein? Das andere reformatorische Prinzip des „sola fide“ wird ein neues Gewicht zu erhalten versuchen. Denn die „Tradition“, die bereits stark in das Blickfeld der protestantischen Selbstbesinnung geraten ist, gilt immer noch weithin als katholisch belastet. Es ist z. Zt. noch nicht möglich, die Auswirkungen dieser kritischen Phase in der Bewertung des Kanons zu übersehen.

Um die Mitte der Heiligen Schrift

Ein wenig kann man sie jedoch ablesen an einer Rezension von Neuerscheinungen zur Auslegung des Neuen Testaments, die Käsemann in den „Theologischen Jahrbüchern“ für 1947/48 (München 1950, S. 195) gegeben hat. Dort lesen wir über die auch in katholischen Kreisen bekannt gewordene Schrift „Sola Fide?“ von Max Lackmann zum Jakobusbrief 2, 14—26, und zwar anknüpfend an das Argument Lackmanns, die Kirche habe den Jakobusbrief kanonisiert und dadurch die Verfasserschaft zugunsten des Herrenbruders Jakobus entschieden, folgendes: „Man sieht daran wieder einmal, welche Bedeutung heute ein massiver und primitiver Kanonbegriff besitzt. Die Kirche hat keinen Grund, sich dessen zu freuen. Sie wird sehr bald sehen, daß die damit jeder neutestamentlichen Schrift und Aussage beigemessene formale